FH-BW-01-056

Wir sorgen für bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Kommunen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu FH-BW-01

Von Zeile 55 bis 56 einfügen:
Anteile an Genossenschaften zu erwerben. Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der im europäischen Vergleich sehr geringe Bevölkerungsanteil mit Immobilienbesitz trägt in hohem Maße zur Vermögensungleichverteilung bei. Wir wollen daher geeignete Maßnahmen zur Erhöhung der Eigentumsquote einsetzen, z.B. die Gleichbehandlung von Selbstnutzer*innen mit Investoren bei steuerlichen Vergünstigungen wie Abschreibungen und Absetzungen. Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaus sind bei Selbstnutzern, Baugemeinschaften und Baugenossenschaften besser angebracht als bei Investoren. Der Miet- und Eigentums-Wohnungsmarkt sollte sich auf die Bedürfnisse der Menschen orientieren, statt auf die der Investor*innen.

Begründung

Am Ende des 1. Absatzes (ab Zeile 53) finden sich bereits folgende Aussagen:

> Außerdem werden wir Grünen auch Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen helfen, Wohneigentum und Anteile an Genossenschaften zu erwerben. Denn Wohnen ist für uns ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Hilfe, Wohneigentum zu erwerben, wird hier nur angedeutet. Es sollte klargestellt werden, in welche Richtung das gehen kann. Darüberhinaus sollten Ziele der Wohnraumpolitik im Eigentumssektor diskutiert werden.

In anderen Anträgen (BAG Wirtschaft und Soziales) werden bereits Forderungen formuliert, die Privilegierung von Investoren beim Wohnungsbau abzuschaffen, indem private Wohnungskäufer gleichgestellt werden.

Darüberhinaus den Wohnraumerwerb zur Selbstnutzung zu fördern, ist zum einen ein Beitrag zu Chancengerechtigkeit, sozialer Absicherung und Altersvorsorge, und trägt zum anderen zur Verringerung der ungleichen Vermögensverteilung bei.

Für einen größeren Bevölkerungsanteil kann die Abhängigkeit sowohl von unabsehbaren Kostensteigerungen seitens profitgetriebener Vermietungsgesellschaften als auch von staatlicher Willkür in sozialer Sicherung und Wohnraumversorgung verringert werden. Daher ist die Förderung gemeinnütziger Baugenossenschaften auch nachhaltiger als der kommunale Wohnungsbau.

Auch besteht die Hoffnung, damit die Beeinflussung des gesamten Wohnungsmarktes durch Immobilienspekulation zu verringern.

Unterstützer*innen

Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Thomas Hovestadt (Köln KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Peter Krämer (Hamburg-Harburg KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV)